

Tabu Migrationspolitik

Martin Link

Autochthone Ausgrenzung des Themas im Bundestagswahlkampf am Ende misslungen?

Im Bundestagswahlkampf war eine Verweigerung der politischen Klasse gegenüber einwanderungspolitischen Themen offensichtlich. Der Flüchtlingsrat dringt auf ein diesbezügliches Umsteuern der Parteien im anstehenden Landtagswahlkampf.

Im gelaufenen Bundestagswahlkampf haben migrationspolitische Themen bei den demokratischen Parteien – jedenfalls in der öffentlichen Diskussion und in der Straßenwerbung – kaum eine Rolle gespielt.

Differenziertere Aussagen zur Migrations- und Integrationspolitik kamen zwar in den Wahlprogrammen der demokratischen Parteien vor, wirkten dort aber eher versteckt und nicht in den Vordergrund gerückt.

Weil die sich objektiv – allein mit Blick auf die fortschreitende Überalterung und die Arbeitskräftebedarfsentwicklung – dynamisch entwickelnden Zuwanderungs- und integrationspolitischen Handlungsbedarfe der bundesdeutschen Einwanderungsgesellschaft im öffentlichen Bundestagswahlkampf weitgehend ausgeblendet blieben, bedeutet für Eingewanderte und alle an einer chancengerechten Einwanderungs-

gesellschaft Engagierten, auf der Hut zu sein.

So schlecht ist die Ausgangslage indes nicht: Migrationspolitik wird von der Mehrheit der Bevölkerung durchaus positiv besetzt und als herausragend wichtig bewertet (siehe z. B. ARD-Deutschlandtrend 2020 und 2021). Nach wie vor bildet der migrationsfeindliche Bodensatz in Gesellschaft und Parteienspektrum nur eine Minderheit.

Immer mehr Eingewanderte wahlberechtigt

Schon 7,4 Mio. Menschen aus eingewanderten Familien sind wahlberechtigt – immerhin 12 Prozent aller Wahlberechtigten. Tendenz steigend. Dass viel mehr Menschen wahlberechtigt sein sollten, wird von Migrant*innenorganisationen und Wissenschaft schon lange gefordert und beschäftigt inzwischen auch den schleswig-holsteinischen Landtag (<https://bit.ly/3qkCmCl>).

Doch dass die Wahlberechtigten mit Migrationsgeschichte nicht nur die Themen Klima und Einkommensentwicklung, sondern auch eine zielgerichtete Integrationspolitik, gerechte Teilhabe, diskriminierungsfreie Zukunftschancen und eine

SINCE  1991
#LEAVE
NO ONE
BEHIND
30 Jahre Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V. www.frsh.de

nichtassistierte Gesellschaft umtreiben, ist von den Parteien – ungeachtet bestehender Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – im Bundestagswahlkampf weitgehend vernachlässigt worden. Über alle Farben hinweg galt

unter den Wahlkampfstrateg*innen der Bundesparteien offenbar: „Das machen wir Autochthonen unter uns aus!“.

Offenbar aber machen die Parteigliederungen an der Basis mit ihren ganz eigenen Strategien bei der Kandidat*innen-Aufstellung ihren Bundesgremien einen Strich durch die Rechnung. Und die Wählenden goutieren das und gestalten die bundespolitische Klasse mit einem ganz eigenen diversen Personalmanagement.

Mehr Mandatsträger*innen mit Migrationsgeschichte

Einer Recherche des Mediendienstes Integration (<https://bit.ly/3oclwTw>) zufolge haben mindestens 83 Abgeordnete des neuen Bundestags eine Migrationsgeschichte. Das ergibt bei 736 Abgeordneten insgesamt einen Anteil von 11,3 Prozent – ungefähr drei Prozentpunkte mehr als nach der vorangegangenen Bundestagswahl (2017: 8,2 Prozent bzw. 58 Abgeordnete mit Migrationsgeschichte).



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

BLICK ZURÜCK NACH VORN

Es darf gefeiert werden!

- **30 Jahre Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. und**
- **die Verleihung des Leuchtturms des Nordens 2021 –**
- **mit Podium zu den Erwartungen Geflüchteter zwischen den Wahlen.**

Was ist für den Flüchtlingsrat und seine Partner*innen solidarisches Engagement in den vergangenen drei Dekaden gewesen? Was kann aus dieser Geschichte für die Zukunft zivilgesellschaftlicher Unterstützung und Selbstorganisation gelernt werden? Was ist von der Politik nach der Bundestagswahl und mit Blick auf die künftige Landesregierung zu erwarten?

Wir laden herzlich ein zu Preisverleihung für beispielhaftes Engagement, zu Podium und Gesprächen zu Musik und Bildern, eine Ausstellung

Am 10. Dezember 2021, dem Internationalen Menschenrechtstag
von 10 Uhr bis 15 Uhr in der Raucherie, Postzel SW 35, 24143 Kiel

Programm:

- 09:30 Uhr** Eintreten der Gäste
- 10:00 Uhr** Heino Schomaker, Begrüßung durch den Vorstand
- 10:10 Uhr** Grußwort von Staatssekretär Holger Geerdts, Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung DH
- 10:45 Uhr** Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Nicht nur zur Weihnachtszeit! – Würdenschreiben des Flüchtlingsrats
- 11:20 Uhr** Verleihung des Leuchtturms des Nordens, Laudatio von Lara Engelhardt, KOA, und Preisrede der Preisträger*in
- 12:00 Uhr** Imbiss mit Musik und einer Fotoausstellung
- 12:45 Uhr** **Blick zurück:** Moderiertes Gespräch mit
 - Heike Behrens, Lübecker Flüchtlingsforum
 - Thomas Jung, ehemaliger Vorsitzender
 - Astrid Willer und Ludmilla Babayan, Team
 - Maia Feddersen-Nakwetauri, Kiel (angefragt)
 - Solveigh Deutschmann, Mitglied der ersten Stunde
 Moderation Dr. Jasmin Azazmah, Referentin beim Landesflüchtlingsbeauftragten.
- 13:30 Uhr** **Blick nach vorn:** Podium zu Erwartungen an die neue Bundesregierung und das flüchtlings- und einwanderungspolitisch in der nächsten Landeslegislaturperiode Machbare
 - MdL Stefan Weber, SPD
 - MdL Eka von Kalben, Grüne
 - MdL Jan-Marcus Rossa, FDP
 - MdL Lars Harms, SSW
 - Marianne Kolter, Die Linke
 - NN, CDU (angefragt)
 Moderation: Martin Link, FRSH e.V.
- 14:30 Uhr** Informeller Ausklang mit **Musik** und eine **Fotoausstellung**

Mehr Information und Anmeldung: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.,
Telefon 0431 735000, office@frsh.de, www.frsh.de

Die Veranstaltung ist gemäß der aktuellen Coronaverordnung als 2G-Event geplant. Jeweils aktuelle Informationen dazu auf www.frsh.de

Die Linke hat mit 28,2 Prozent den höchsten Anteil an Abgeordneten mit Migrationsgeschichte. Hier liegt der Anteil von Personen mit einer Einwanderungsgeschichte über dem Anteil in der Gesamtbevölkerung (etwa 26 Prozent). In der neuen SPD-Fraktion haben 17 Prozent der Abgeordnete eine Migrationsgeschichte. 2017 waren es noch 9,8 Prozent. Bei den Grünen und bei den Liberalen ist der Anteil von Abgeordneten mit einer Einwanderungsgeschichte gesunken: Bei den Grünen von 14,9 auf 14,4 Prozent. Bei der FDP sind es 5,4 Prozent (2017: 6,3 Prozent). Die CDU/CSU-Fraktion ist immer noch die Fraktion mit dem geringsten aber wachsenden Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte: 4,1 Prozent (2017: 2,9 Prozent). „Nur die allergrößten Kälber ...“ ist man versucht, mit Brecht zu reimen, wenn man hört, dass selbst bei der AfD der Anteil der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte bei 7,2 Prozent liegt (2017: 8,7 Prozent). Der SSW kommt in diesen Zählungen nicht vor, hat aber auch keine relevanten Daten beizutragen.

Migrationspolitischer Paradigmenwechsel

Ob die Ampel-Koalition vor diesem Hintergrund zu einem flüchtlings- und einwanderungspolitischen Paradigmenwechsel taugen wird, war bis Redaktionsschluss noch nicht ausgemacht.

In Schleswig-Holstein heißt es jetzt aber: nach der Wahl ist vor der Wahl! Mit Blick auf die im Mai 2022 anstehenden Landtagswahlen bestehen für die Parteien noch alle Möglichkeiten, sich im Wettbewerb um die Stimmen auch zu den Anliegen von immerhin einem Fünftel der Bevölkerung konstruktiv und öffentlich zu positionieren. Die Parteitage zur Entscheidung über Direkt- und Listenkandidat*innen finden jetzt statt!

Bei der Identifizierung relevanter flüchtlings- und einwanderungspolitischer Handlungsbedarfe steht der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein der Landespolitik sowohl bei der Formulierung von Kapiteln ihrer Wahlprogramme wie auch bei der Planung von Strategien bei etwaigen Koalitionsgesprächen gern unterstützend zur Seite.



Martin Link ist Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. www.frsh.de